



HESSISCHER LANDTAG

25. 02. 2025

GFA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Niedrige HPV-Impfquote in Hessen — erhöhte Krebsgefahr durch HPV

Humane Papillomviren (HPV) zählen zu den häufigsten sexuell übertragbaren Erregern. Eine HPV-Infektion kann langfristig Krebs verursachen. Jährlich erkranken in Deutschland weit über 6.000 Frauen und neuen Studien zufolge fast 2.900 Männer an Krebs, der durch eine HPV-Infektion verursacht wurde. Für den bestmöglichen Schutz sollten junge Menschen bereits vor den ersten sexuellen Kontakten gegen HPV geimpft sein. In Fachkreisen und unter den Gesundheitsministerien der Länder besteht breiter Konsens, dass eine deutliche Steigerung der HPV-Impfquote erreicht werden soll.

Trotz des eindeutig belegten Präventionspotenzials der HPV-Impfung waren im Jahr 2023 laut RKI bundesweit nur 54,6 Prozent der 15-jährigen Mädchen, sowie 34,0 Prozent der 15-jährigen Jungen vollständig gegen HPV geimpft. In Hessen fallen die Quoten mit 51,6 Prozent der Mädchen und 30,7 Prozent der Jungen sogar noch niedriger aus. Der Barmer-Arzneimittelreport 2024 verweist zudem auf eine seit der COVID-19-Pandemie eingebrochene Impfquote in Hessen. Um die europaweite Zielsetzung bezüglich der HPV-Impfquote bis 2030 zu erreichen, besteht in Hessen dringender Handlungsbedarf.

Die Landesregierung wird ersucht, im Gesundheits- und Familienpolitischen Ausschuss (GFA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um die HPV-Impfquote in Hessen nachhaltig zu erhöhen und welche Maßnahmen sind im Jahr 2025 geplant?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um die HPV-Impfquote in Hessen speziell bei Jungen nachhaltig zu erhöhen und welche Maßnahmen sind im Jahr 2025 geplant?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, die Akzeptanz der von der STIKO empfohlenen HPV-Impfung in der hessischen Bevölkerung zu erhöhen und welche Maßnahmen sind im Jahr 2025 geplant?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um die Risikowahrnehmung für die verschiedenen durch HPV ausgelösten Krebsarten — auch jenseits des Gebärmutterhalskarzinoms — in der hessischen Bevölkerung zu erhöhen?
5. Was unternimmt die Landesregierung, um die derzeit deutlichen Unterschiede in den Impfquoten zwischen den Regionen in Hessen (Offenbach: 34,8 Prozent; Schwalm-Eder-Kreis: 63,6 Prozent) zu reduzieren?
6. Welche Hürden bei der HPV-Impfung sind der Landesregierung bekannt?
7. Was unternimmt die Landesregierung, um bestehende Hürden bei der HPV-Impfung zu überwinden/abzubauen?
8. Wie und in welchem Umfang finden das Thema HPV und die HPV-Impfung Berücksichtigung in dem durch das HMFG geförderten Landesprogramm Präventionsketten Hessen?
9. Wie und in welchem Umfang findet die HPV-Impfung bei Mädchen und Jungen im Rahmen der Integrierten Landesimpfstrategie (ILIS) Berücksichtigung?

10. Welche ärztlichen Informationsangebote im schulischen Setting in Hessen sind der Landesregierung bekannt?
11. Inwiefern sind das Thema HPV sowie die HPV-Impfaufklärung in den Lehrplänen hessischer Schulen verankert?
12. Welche Pläne der Landesregierung gibt es, die Schulgesundheitsfachkräfte (SGFK) in die Aufklärung bezüglich HPV und HPV-Impfung von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sowie Schülerinnen und Schüler einzubinden?
13. Wie bewertet die Landesregierung das bereits im Jahr 2015 gestartete Modellprojekt an Schulen im Landkreis Bergstraße zur Eliminierung von HPV-assoziierten Karzinomen?
14. Welche Erkenntnisse zieht die Landesregierung aus dem genannten Modellprojekt im Landkreis Bergstraße und welche Maßnahmen sollten aus Sicht der Landesregierung aus dem Modellprojekt heraus entwickelt werden?
15. Wie steht die Landesregierung dazu, vorhandene Info-Kampagnen zur HPV-Impfung — wie jene an Fuldaer Grundschulen — in Hessen flächendeckend auszurollen?
16. Wie steht die Landesregierung zur flächendeckenden Einführung von Erinnerungssystemen zur Steigerung der HPV-Impfquoten — wie sie auch die GMK empfiehlt — in Hessen?
17. Wie steht die Landesregierung zur Einführung flächendeckender Schulimpfprogramme zur HPV-Impfung?
18. Welche finanziellen Mittel stehen für die Aufklärung, Information und Beratung bezüglich der Risiken einer Infektion mit HPV sowie der HPV-Impfung seitens des Landes Hessens zur Verfügung?

Wiesbaden, 25. Februar 2025

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke